



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p><u>1. Infrastruktur erhalten</u></p> <p>Die knappen Haushaltsmittel haben zu einem Investitionsstau der öffentlichen Hand geführt, vor allem auf der Ebene der Städte und Gemeinden. Zahlreiche öffentliche Gebäude - vor allem Schulen, Kindertagesstätten, Berufsschulen – sind dringend sanierungsbedürftig, ebenso wie öffentliche Grün- und Freianlagen, Straßen und die Kanalisation. Rheinland-Pfalz braucht eine Infrastrukturoffensive auf allen Ebenen, um den Wert der vorhandenen Bausubstanz zu sichern und die vorhandene Infrastruktur zu erhalten.</p> <p>Die Städte und Gemeinden befinden sich aufgrund der derzeitigen Steuergesetzgebung in einem Standortwettbewerb, der Flächenverbrauch und Zersiedlung fördert, obwohl aufgrund des demographischen Wandels eine Konzentration der baulichen Tätigkeit auf die Kernstädte und Ortskerne notwendig wäre. Die Sicherstellung</p>	<p>zu 1.: Infrastruktur erhalten</p> <p>Rheinland-Pfalz konnte die schwierige finanzielle Situation der letzten Jahre besser meistern als viele andere Bundesländer. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung hat die Ausgaben konsequent begrenzt und politische Schwerpunkte gesetzt und finanziert, damit unser Land auch in Zukunft erfolgreich bleibt.</p> <p>Ein wesentliches Element dieser Politik – an der wir konsequent festhalten wollen – ist, dass Rheinland-Pfalz trotz der seit dem Jahr 2000 niedrigsten Ausgabensteigerung im Vergleich der westlichen Flächenländer (jahresdurchschnittliche Ausgabensteigerung von 2000 bis 2005: minus 0,3 % bei einer jährlichen Teuerungsrate von plus 1,8 %!) eine im Ländervergleich hohe Investitionsquote halten konnte (2005: 11,4 %; regelmäßig Platz 2 oder 3 im Vergleich der westlichen Flächenländer).</p>	<p>Die CDU hat seit Regierungsübernahme durch die SPD in Rheinland-Pfalz immer wieder massiv auf die verschlechterte Lage der kommunalen Finanzen hingewiesen. Sie ist wesentlich mit verursacht durch die fortlaufende zusätzliche Belastung des kommunalen Finanzausgleichs durch die Landesregierung. Zudem erfolgt die Bewilligung und Auszahlung von Investitionszuschüssen an die Gemeinden, z.B. für Schulbauten mit großen Zeitverzögerungen. Für den Landesstraßenbau stehen in Rheinland-Pfalz nur noch kreditfinanzierte Mittel zur Verfügung. Im Zuge einer schrittweisen Konsolidierung der Landesfinanzen und einer Verbesserung des kommunalen Finanzausgleichs muss die Investitionskraft des Landes wie der Gemeinden dauerhaft gestärkt werden.</p>	<p>Frage 1 – Infrastruktur erhalten</p> <p>Alle Gebietskörperschaften, Bund, Länder und Kommunen, sehen sich seit mehreren Jahren in Folge des Wegbrechens von Einnahme mit schwierigen Haushaltssituationen konfrontiert, mit denen sie fertig werden müssen. Vor allem die Haushaltslage der Städte und Gemeinden wird sich u. a. erst dann verbessern, wenn es zu einer umfassenden Steuerreform einschl. einer kommunalen Finanzreform kommt. Die FDP fordert seit langem eine solche Reform und hat hierzu konkrete Vorschläge vorgelegt. Um den Gemeinden Planungssicherheit zu geben, hat die Landesregierung den Kommunen eine jährliche Einnahmengarantie in Höhe von rund 1,6 Mrd. Euro gegeben und sie unterstützt die Kommunen durch das Verstedigungsdarlehen, das z. B. für 2005 330 Mio. Euro betrug. Ungeachtet der stringenten Ausgabenpolitik des Landes werden Investitionen z. B. in die Verkehrsinfrastruktur, auch im</p>	<p>1. Infrastruktur erhalten</p> <p>Wir halten die Infrastrukturpolitik des Landes in ihrem bisherigen Umfang und ihrer bisherigen Zielsetzung für verfehlt. Besonders in Zeiten leerer Haushaltskassen sind die Möglichkeiten, zusätzliches Geld in wünschenswerte Infrastrukturprojekte zu stecken, begrenzt. Die Landesregierung hat es versäumt, dem immensen Flächenverbrauch und der fortschreitenden Zersiedlung entschieden entgegenzusteuern.</p> <p>Dem stellen wir eine Politik gegenüber, welche auf die Bewahrung des Bestandes setzt. Das Land ist in Bezug auf Straßen, die Verfügbarkeit von Gewerbegebieten und Wohnraum sowie öffentliche Gebäude hervorragend ausgestattet. Vor dem Hintergrund des fortschreitenden demographischen Wandels wird der Bedarf an Wohnraum deutlich zurückgehen, es ist mit Leerständen zu rechnen.</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>der Gemeindefinanzierung ist Voraussetzung für die adäquate Erfüllung kommunaler Aufgaben – auch im Bereich des Planens und Bauens.</p> <p>Wir fordern eine Investitionsoffensive, damit die Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Schulbauten, Kindertagesstätten, Berufsschulen, Infrastrukturbauten, Verkehrs- und Grünanlagen und Versorgungsnetze zu erhalten und zu verbessern. Dies käme besonders der regionalen mittelständischen Wirtschaft zugute.</p> <p>Wir fordern, dass das Land ausreichende Haushaltsmittel zur Erhaltung und zum Ausbau der Infrastruktur bereitstellt.</p>	<p>Hinzu kommt, dass das Land in dieser schwierigen Zeit große Anstrengungen zugunsten seiner Kommunen unternommen hat, in denen die meisten öffentlichen Investitionen getätigt werden. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> - die kommunalfreundliche Förderpolitik des Landes, - die Aufnahme des strikten Konnexitätsprinzips in die rheinland-pfälzische Verfassung, - die dauerhafte Verstetigung der Finanzausgleichleistungen des Landes im Rahmen des bundesweit einmaligen Beistandspaktes bzw. Stabilisierungsfonds und - das neue Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“. <p>In Zahlen ausgedrückt: Während die Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich im Bundesdurchschnitt von 1994 bis</p>		<p>Interesse der heimischen Wirtschaft und der damit verbundenen Arbeitsplätze nicht zurückgefahren. Infrastruktur und Mobilität sind Markenzeichen der durch die FDP bestimmten erfolgreichen Wirtschafts- und Verkehrspolitik.</p> <p>Die FDP-Fraktion wird dafür Sorge tragen, dass sich darin in der nächsten Legislaturperiode nichts ändern wird.</p>	<p>Ein allgemeines Investitionsprogramm, das einen bestimmten Betrag nach dem Gießkannenprinzip verteilt, erscheint uns deshalb wenig sinnvoll. Landesregierung und Kommunen müssen Schwerpunkte setzen. Diese sind aus unserer Sicht beispielsweise bei der Modernisierung von Schulen, Hochschulen und Bildungseinrichtungen dringend erforderlich.</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
	<p>2004 um 2,5 % abgesenkt wurden, wurden sie in Rheinland-Pfalz von 1,3 Mrd. Euro in 1994 um rund 29 % auf 1,67 Mrd. Euro in 2004 erhöht.</p>			
<p>2. <u>Wohnungs- und Städtebaupolitik aus dem Bestand erneuern</u></p> <p>Die natürlichen Lebensgrundlagen müssen für die kommenden Generationen erhalten werden. Dazu bedarf es auch beim Planen und Bauen nachhaltiger Entwicklungskonzepte. Die Suburbanisierung und Zersiedelung muss gestoppt werden, sonst nehmen die innerstädtischen Leer- und Brachflächen zu, während im Stadtumland die Zersiedelung mit dem Verlust wertvoller Naturflächen weiter geht. Planungs- und Steuergesetzgebung sollen vor allem die inneren Flächenreserven mobilisieren und die Inanspruchnahme neuer Bauflächen im Außenbereich zurückdrängen. Nur so kann dem demographischen</p>	<p>zu 2.: Wohnungs- und Städtebaupolitik aus dem Bestand erneuern</p> <p>Die demographische Veränderung unserer Gesellschaft ist eine der bedeutsamen Herausforderungen in der Zukunft, die uns in allen Politikbereichen ein neues Denken abverlangen wird. Einer unserer politischen Schwerpunkte in diesem Bereich ist die Unterstützung der rheinlandpfälzischen Kommunen bei den notwendigen Anpassungen. Dass es sich in Rheinland-Pfalz gut wohnen lässt, zeigt sich beispielsweise an der bundesweit zweithöchsten Wohneigentumsquote. 56 % der rheinland-pfälzischen Haushalte leben in den eigenen vier Wänden. Die wichtigste Zielgruppe bei der Förderung von Wohneigentum ist die Familie. Neben</p>	<p>Die neue Bundesregierung hat angekündigt, dass anstelle der Eigenheimzulage das selbst genutzte Wohnungseigentum voll in die Förderung der privaten Altersvorsorge eingebunden werden soll. Die neue Landesregierung muss auf der Umsetzung dieser Absicht bestehen und sie ggf. durch eigene Initiativen beschleunigen. Die CDU Rheinland-Pfalz verfolgt das Konzept, die ländlichen Räume auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung entlang von Achsen zu erschließen, womit eine gewisse Konzentration der Infrastruktur möglich ist, die es erlaubt, gute Lebensbedingungen wirtschaftlich zu gewährleisten. Innerörtlich ist die Modernisierung und der Ausbau im Bestand mit Vorrang voran zu treiben.</p>	<p>Frage 2 – Wohnungs- und Städtebaupolitik aus dem Bestand erneuern</p> <p>Die FDP-Fraktion unterstützt die Reduzierung des Flächenverbrauchs als Leitvorstellung, die im Raumordnungsgesetz verankert ist. Sie begrüßt es, dass die Reduktion des weiteren Flächenverbrauchs in den Zielen und Grundsätzen des Landesentwicklungsprogramms verankert ist. Nach unserer Überzeugung haben bei der Siedlungsentwicklung die städtebauliche Innentwicklung, die Wohnungsmodernisierung, die städtebauliche Erneuerung und Verbesserung des Wohnumfeldes Vorrang vor der Neuausweisung von Flächen im Außenbereich. Die FDP-Fraktion begrüßt es deshalb, dass die Landesregierung in den vergangenen</p>	<p>2. Wohnungs- und Städtebaupolitik aus dem Bestand erneuern</p> <p>Wir treten auf Landesebene und in den Kommunen aktiv dafür ein, dass die Zersiedelung der Landschaft nicht fortschreitet und der Flächenverbrauch begrenzt wird. Die künftige Siedlungsentwicklung muss verstärkt auf eine Nutzung des Gebäudebestands und von Brachflächen ausgerichtet werden. Bestehende Siedlungsstrukturen können z. B. durch eine qualitative Verbesserung des Wohnumfeldes attraktiver gestaltet werden, statt immer neue Siedlungs- und Verkehrsflächen zu erschließen. Durch weitere raumplanerische Maßnahmen sind Böden und Lebensräume zu schützen und zu entwickeln sowie das Verkehrsaufkommen und die Landschaftszerschneidung zu</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>Trend Rechnung getragen werden.</p> <p>Eine Förderung des Wohnungs- und Städtebaus muss nach Wegfall der Eigenheimzulage effizient, transparent und direkt wirken.</p> <p>Die Bedeutung von Umbau und Modernisierung von Gebäuden und deren Anforderungen an barrierefreie Nutzung und neue Lebensformen steigen ständig. Der Konversion und nachhaltigen Umwidmung militärischer wie industrieller Brachflächen kommt dabei eine ebensolche Bedeutung zu wie der Aufrechterhaltung einer ÖPNV-Anbindung.</p> <p>Wir fordern, daß Wohnungsbau, Städtebau und Dorfentwicklung sich konkret den Herausforderungen der demographischen Entwicklung stellen und die langfristige Funktion und Finanzierbarkeit von Infrastrukturen erhalten.</p>	<p>den Steuerungsinstrumenten der Landesplanung unterstützen wir die Entwicklung des Bestandes gezielt durch Förderprogramme:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Soziale Wohnraumförderung Die Förderung von Umbau und Modernisierung bilden schon derzeit einen Schwerpunkt der Sozialen Wohnraumförderung. Folgerungen aus der demografischen Entwicklung lassen sich in verschiedener Weise ziehen. Betreutes Wohnen ist eine Wohnform, die zunehmend an Bedeutung gewinnt. Nach unserer Auffassung wollen und können viele Mitbürgerinnen und Mitbürger bis zu ihrem Tod in ihrer Wohnung und damit ihrer gewohnten Umgebung verbleiben. Oft reicht es aus, eine Wohnung auf den heute üblichen Standard oder auf die Bedürfnisse einer Behinderung nachzurüsten. Mittel für diese Umbau- oder Modernisierungsmaßnahmen stehen bereit. - Wohnungskonversion 		<p>Jahren die Förderung zum Erwerb und zur Modernisierung vorhandener Substanz verstärkt und damit einen wichtigen Beitrag zur Revitalisierung von Stadt- und Dorfkernen geleistet hat.</p> <p>Diese Ziele gelten auch bei der Konversion ehemals militärisch genutzter Liegenschaften. Eine solche Wohnungs- und Städtebaupolitik ist besonders notwendig vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und der künftigen Finanzierbarkeit.</p>	<p>vermindern. Die demografische Entwicklung erfordert einen aktiven planerischen Prozess, der auch den Rückbau versiegelter Flächen verstärkt einschließt. Im April 2004 haben wir daher einen Antrag für ein nachhaltiges Flächenmanagement in den Landtag eingebracht (Landtagsdrucksache 14/3066).</p> <p>Eine Förderung muss daher darauf gerichtet sein, eine flächen- und ressourcenschonende Lenkungswirkung zu entfalten. Darüber hinaus stimmt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit Ihnen überein, dass Förderrichtlinien ein hohes Maß an Effizienz und Transparenz gewährleisten müssen.</p> <p>Die zahlreichen Zielabweichungsverfahren des Innenministeriums, die beispielsweise Einkaufszentren auf der grünen Wiese erst ermöglichen, sind unserer Auffassung nach kontraproduktiv, weil sie den Zielvorgaben der übergeordneten Planung häufig widersprechen und daher weder raumordnungsplanerische noch</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
	<p>Mit mehr als 78 Millionen Euro hat das Land bis heute die Umwandlung ehemals militärisch genutzter Wohnanlagen in Sozialmietwohnungen und Eigentumswohnungen gefördert und damit auch einen Beitrag zur Bestands- bzw. Innenentwicklung geleistet. Das Wohnungsbau-Sonderprogramm „Konversion“ ist nach wie vor ein zentrales Instrument unserer Wohnungspolitik in Rheinland-Pfalz. Insbesondere vielen jungen Familien konnte so zu erschwinglichen Preisen zu einer Miet- oder Eigentumswohnung verholfen werden. Bisher wurden insgesamt 3.400 Wohnungen sowie 31 Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes der ehemaligen Militärsiedlungen gefördert.</p> <p>Entscheidend für den bisherigen Erfolg der Wohnungskonversion waren die Schaffung eines unbürokratischen, flexiblen</p>			<p>ökologische Aspekte ausreichend berücksichtigen.</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
	<p>Förderprogramms und die gezielte, an den örtlichen Bedürfnissen orientierte Wohnungspolitik des Landes. Die Fördermaßnahmen wurden in enger Abstimmung mit den Kommunen und der Wohnungswirtschaft durchgeführt. Mit den gestaffelten Pauschalbeträgen konnten die Zielgruppen effektiv erreicht werden. An vielen Orten sind städtebaulich anspruchsvolle Siedlungen entstanden, die über die Region hinaus in Fachkreisen Beachtung gefunden haben.</p> <p>Die Wohnungskonversion ist noch nicht abgeschlossen. Es wird noch einige Zeit brauchen, bis die Konversionsflächen voll in den städtebaulichen Kontext integriert sind. Wir wollen daher den Prozess der Konversion in Rheinland-Pfalz weiterhin aktiv unterstützen.</p> <p>So werden auch in den nächsten Jahren mit Unterstützung des Landes voraussichtlich noch einmal rund 1.000 Wohnungen</p>			



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
	<p>umgewandelt werden.</p> <p>Daneben wollen wir auch in Zukunft im Rahmen der städtebaulichen Erneuerung insbesondere die Innenstädte und Ortskerne der zentralen Orte sichern und stärken, städtische Gebiete mit sozialen oder strukturellen Problemen stabilisieren sowie Brachflächen revitalisieren und für zukunftsorientierte Nutzungen öffnen.</p> <p>Auch der Dorferneuerung kommt vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung unserer ländlichen Regionen und der Zukunftsfähigkeit der Dörfer zukünftig eine größere Bedeutung zu. Ziel ist eine umfassende Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen im ländlichen Raum. Seit 1991 wurden rund 322 Mio. Euro im Rahmen der Dorferneuerung investiert. Über 18.000 private und über 2.900 öffentliche Maßnahmen sind unterstützt worden. Gemeinsam mit den Menschen, Hand in Hand mit den Kommunen, haben wir unsere Städte und Dörfer nach vorne</p>			



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
	gebracht. Die weitere Entwicklung wollen wir kraftvoll in gleicher Weise angehen.			
<p><u>3. Rheinland-Pfalz zum Solarland entwickeln</u></p> <p>Intelligenter Einsatz sonnenorientierter Architektur in Kombination mit innovativer Anlagentechnik bei Gebäuden stellen eine nicht mehr zu übersehende Entwicklung dar. Die zunehmende Akzeptanz und Nutzung regenerativer Energieträger ist teils auf attraktive Fördermöglichkeiten des Bundes und des Landes zurückzuführen, teils auf ein bemerkenswertes Umdenken bei der Energiepolitik und der Bauleitplanung von Städten und Gemeinden, nicht zuletzt der Einsicht von Bauherren. Damit geht eine größere Versorgungssicherheit bei Energie einher.</p> <p>Im Rahmen der Umsetzung der EU-Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz und zur CO2-Reduktion werden</p>	<p>zu 3.: Rheinland-Pfalz zum Solarland entwickeln</p> <p>Unsere moderne, zukunftsorientierte und nachhaltige Energie- und Klimaschutzpolitik besteht aus drei Säulen: Einsparenergie mobilisieren, Effizienztechnologien fördern und erneuerbare Energien ausbauen. Erste Erfolge sind bereits eingetreten: Der Primärenergieverbrauch und die Kohlendioxid-Emissionen konnten deutlich reduziert werden. Mittlerweile beträgt der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion in Rheinland-Pfalz 30 %.</p> <p>Uns ist sehr bewusst, dass die Energieversorgung auch in Rheinland-Pfalz derzeit im Wesentlichen auf dem Einsatz fossiler Brennstoffe basiert. Diese sind jedoch nur begrenzt verfügbar und müssen auch für künftige</p>	<p>Die Förderung neuer, auch regenerativer Energietechniken muss sich auf die Marktfähigkeit richten, d.h. die Wirtschaftlichkeit und Konkurrenzfähigkeit unabhängig von Subventionen oder gesetzlichen Garantiepreisen. Der jahrzehntelange Fehler der Kohlesubventionen darf nicht durch neue Dauersubventionen wiederholt werden. Wir brauchen einen Mix aus neuen Energietechniken, der Solartechnik, pflanzliche Brennstoffe, Erdwärme und die Wasserstofftechnik für die Energieversorgung der Gebäude einbezieht. Hinzu muss ein höherer durchschnittlicher Standard der Wärmedämmung kommen.</p>	<p>Frage 3 – Rheinland-Pfalz zum Solarland entwickeln</p> <p>Die Frage der künftigen Energieversorgung ist eine Schicksalsfrage für ganz Deutschland. Energiepolitik ist Wirtschafts- und Standortpolitik. Aus Gründen der Versorgungssicherheit, der Umweltvorsorge und der Bezahlbarkeit tritt die FDP-Fraktion für die verstärkte Nutzung regenerativer Energien ein. Mehr regenerative Energien bedeutet in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz mit dem höchsten Bewaldungsprozent aller Bundesländer die Nutzung heimischer Ressourcen wie z. B. Wasser, Biomasse, Solarenergie und Geothermie. Regenerative Energien werden zum großen Teil durch das erneuerbare Energiengesetz gefördert. Die Förderung des Landes</p>	<p>3. Rheinland-Pfalz zum Solarland entwickeln</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen dieser Forderung voll und ganz zu.</p> <p>Die wichtigsten Voraussetzungen für den Boom der erneuerbaren Energien in den letzten Jahren wurden von der rot-grünen Bundesregierung mit einem grünen Umweltminister geschaffen: das Erneuerbare Energien Gesetz und das CO2-Gebäudesanierungsprogramm.</p> <p>Im Landtagswahlprogramm der GRÜNEN in Rheinland-Pfalz steht die Energiefrage an zentraler Stelle. Wir GRÜNEN sind der Meinung, dass gerade im Bereich der Gebäude enormer Nachholbedarf besteht, gerade auch was öffentliche Gebäude betrifft. Wir fordern eine Energieagentur, die aktiv und offensiv</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>unabhängige Architekten und Ingenieure bei der Einführung eines Energiebedarfsausweises mitwirken. So kann der Energiepass als objektives Klimaschutzpolitisches Instrument auf dem Immobilienmarkt eine wichtige Rolle spielen.</p> <p>Wir fordern, daß Rheinland-Pfalz den Einsatz von regenerativen Energien wie Sonne, nachwachsenden Rohstoffen, Erdthermie u.a. als Leitidee für Planen und Bauen anerkennt und unterstützt. Rheinland-Pfalz muß das Solarland unter den Bundesländern werden.</p>	<p>Generationen gesichert werden. Es ist deshalb zwingend erforderlich, in verstärktem Maße regenerative Energien zu nutzen.</p> <p>Vor allem aus Klimaschutzgründen ist es notwendig, dass der CO₂ Ausstoß, der bei fossilen Brennstoffen sehr hoch ist, weiter reduziert wird. Mit der Unterzeichnung des Kyoto-Abkommens wurden diesbezüglich klare Verpflichtungen zur Emissionsbegrenzung und -verringerung festgelegt. Die Zielsetzung der Europäischen Union, den Anteil erneuerbarer Energieträger am Gesamtenergieverbrauch Europas bis zum Jahr 2010 von 6 % auf 12 % zu verdoppeln und den Anteil der aus erneuerbaren Energien gewonnenen Elektrizität auf 22 % zu erhöhen, unterstützen wir für Rheinland-Pfalz.</p> <p>Dem öffentlichen Bau kommt hier eine Vorbildfunktion zu. Wir wollen ein Energiemanagementkonzept einführen, das diese Vorbild- und Technologiekompetenz des Landes verdeutlicht und Anreize für eine nachhaltige Senkung des</p>		<p>wird als Anschubfinanzierung oder im Falle der Geothermie zur Minderung des Bohrrisikos gewährt.</p> <p>Die verstärkte Nutzung regenerativer Energien kann partiell zu einer weniger großen Abhängigkeit vom Öl und Gas und damit von Preisdiktaten der Lieferanten führen. Mit die wirksamste Maßnahme ist nach Auffassung der FDP-Fraktion der sparsame Umgang mit Energie. Auf diesem Sektor können Ingenieure und Architekten wertvolle Beiträge zur Energieeinsparung und damit auch zur CO₂-Vermeidung leisten.</p>	<p>energetisch optimiertes Bauen propagiert. Die Details GRÜNER Forderungen hat die Landtagsfraktion in ihrem Antrag „Neue Energie und Arbeit für Rheinland-Pfalz -Masterplan 2005 bis 2010 für erneuerbare Energien - Energieeinsparung - Energieeffizienz“ (Landtagsdrucksache 14/4045) dargelegt, siehe dazu Anlage.</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
	Energiebedarfs im Bereich öffentlicher Bauten schafft.			
<p>4. <u>Qualitätsorientiertes Bauen fördern</u></p> <p>Architekten, Ingenieure und Stadtplaner bekennen sich zum Leistungswettbewerb: Es sollen sich die Planer durchsetzen, die besonders gute, gestalterisch, konstruktiv und technisch überzeugende, wirtschaftlich und ökologisch vernünftige Bauten planen. Die Vergabe von Planungsleistungen allein nach ihrem Preis ist verfehlt, denn billigere Planung heißt zwangsläufig weniger und schlechtere Planung. Wer am Planen spart, zahlt beim Bauen, beim Betrieb sowie beim Unterhalt drauf.</p> <p>Wir fordern die Trennung von Planung und Bauausführung als Grundvoraussetzung dafür, dass Architekten und Ingenieure die Bauherren als Treuhänder unabhängig, umfassend und kompetent beraten können. Nur so</p>	<p>zu 4.: Qualitätsorientiertes Bauen fördern</p> <p>Das Land Rheinland-Pfalz hat in der Verwaltungsvorschrift „Öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz“ vom 29. Juli 2004 zur Erhaltung und Stärkung einer ausgewogenen Unternehmensstruktur Regelungen erlassen, um eine möglichst breite Streuung mittelstandsgeeigneter öffentlicher Aufträge zu erreichen und Wettbewerbsnachteile der mittelständischen Wirtschaft gegenüber großen Unternehmen auszugleichen. So ist durch die Wahl der Vergabeart kleinen und mittleren Unternehmen die Chance zu geben, sich um einen Auftrag zu bewerben. Bauleistungen sind in der Regel nach Fachgebieten oder Gewerbebezügen getrennt zu vergeben (Fachlose). Die Vergabe von Bauleistungen an General- und Totalübernehmer ist nicht zulässig.</p>	<p>Schon jetzt müssen Vergaben nicht allein anhand des Preises, sondern auch anhand von weitergehenden Maßstäben der Wirtschaftlichkeit erfolgen. Die den Preis ergänzenden Maßstäbe können präzisiert werden.</p>	<p>Frage 4 – Qualitätsorientiertes Bauen fördern</p> <p>Mit der Verwaltungsvorschrift der Landesregierung wurde bereits 1998 geregelt, dass die Vergabe von Bauleistungen an Generalübernehmer und Generalunternehmer nicht zulässig ist. Damit ist die Trennung von Planung und Ausführung bei der Vergabe die Regel. Die FDP-Fraktion wird an der mittelstandsfreundlichen Handhabung des Vergaberechts festhalten. Die Fachlosvergabe, bei der Einzelaufträge ausgeschrieben werden, soll grundsätzlich Vorrang vor der Generalunternehmer-Vergabe haben. Damit wird die Abhängigkeit der mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetriebe von Generalunternehmern begrenzt.</p> <p>Das geltende Vergaberecht gilt als Ausdruck eines sparsamen, aber</p>	<p>4. Qualitätsorientiertes Bauen fördern</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmen dieser Forderung weitgehend zu.</p> <p>Qualität und Sicherheit müssen wesentliche Kriterien von Vergabeentscheidungen sein. Wir GRÜNE sind erfreut, dass mittlerweile durch EU-Recht klar gestellt ist, dass auch ökologische Kriterien bei Ausschreibungen berücksichtigt werden können.</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>kann eine sparsame Mittelverwendung bei gleichzeitiger Sicherung der Qualität und weitest möglicher Verhinderung von Korruption gewährleistet werden.</p> <p>Wir fordern Vergaberegeln für öffentliche Aufträge, die das wirtschaftlichste Angebot und nicht den Bieter mit dem billigsten Angebot berücksichtigen. Bewerbungs- und Vergabekriterien müssen so ausgestaltet sein, dass auch leistungsfähige, kleine und junge Büros faire Auftragschancen haben.</p>	<p>Für die Vergabe öffentlicher Aufträge an freiberuflich Tätige ist zu beachten, dass eine Streuung der Aufträge erfolgt und kleinere Büroorganisationen und Berufsanfänger am Verfahren angemessen beteiligt werden.</p>		<p>auch eines wirtschaftlichen Haushaltsmitteleinsatzes. Die FDP-Fraktion kann unter dem Postulat der Wirtschaftlichkeit nicht in jedem Einzelfall das billigste Angebot als das beste sehen; in vielen Fällen kann ein besonders billiges Angebot gleichzeitig besonders unwirtschaftlich sein. Entscheidend ist nach unserer Auffassung das Preis-Leistungsverhältnis. Es kommt also weniger auf die Kassenwirksamkeit als auf die betriebswirtschaftlich richtige Vergabeentscheidung an.</p>	
<p>5. Mehr Planungswettbewerbe ausloben</p> <p>Die Erarbeitung alternativer Planungslösungen durch Wettbewerbe ist der beste Weg, um für eine Bauaufgabe eine gestalterisch-</p>	<p>zu 5.: Mehr Planungswettbewerbe ausloben</p> <p>Bei bedeutenden Baumaßnahmen des Landes werden nach wie vor Architektenwettbewerbe nach den Grundsätzen und Richtlinien für</p>	<p>Die Durchführung von Planungswettbewerben empfiehlt sich vor allem bei größeren und repräsentativen Bauvorhaben. Nicht alle Bauprojekte zum Beispiel von geringerem Umfang erfordern Planungswettbewerbe. Die CDU hat</p>	<p>Frage 5 – Mehr Planungswettbewerbe ausloben</p> <p>Frage 6 – Bei PPP-Projekten Planungsqualität sicherstellen</p> <p>Frage 7 – HOAI zügig vereinfachen</p>	<p>5. Mehr Planungswettbewerbe ausloben</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürworten die Erarbeitung alternativer Planungslösungen im</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>konstruktive und funktionell-wirtschaftlich optimale Lösung zu finden. Öffentliche Auftraggeber haben dabei eine Vorbildfunktion. Die Wettbewerbsregeln bieten für jede Bauaufgabe passende Wettbewerbsformen an; der Bauherr kann zwischen rationellen und preiswerten Vorschläge auswählen.</p> <p>Wir erwarten, dass die Landesregierung überall dort, wo das Land baut, bauen lässt oder das Bauen anderer Bauherren überwiegend unterstützt, den Planungswettbewerb einsetzt.</p> <p>Die positiven Ansätze im Schulbau sollten Vorbild und Ansporn zugleich sein, positive Erfahrungen auch auf andere Bauwerke zu übertragen und weiter zu entwickeln.</p> <p>Wir fordern, dass landeseigene und kommunale Liegenschaftsgesellschaften nicht selbst Planungsaufgaben übernehmen, sondern sich des Wettbewerbsverfahrens bedienen. Sie schaffen damit Raum, um sich auf die Kontrolle von Kosten,</p>	<p>Wettbewerbe auf den Gebieten der Raumplanung, des Städtebaues und des Bauwesens – GRW 1995 – ausgelobt.</p> <p>So sind beispielsweise im Rahmen des Programms „wegweisend ... auf Geschichte bauen“ der Initiative Baukultur in Rheinland-Pfalz aktuell 10 Wettbewerbe durchgeführt worden:</p> <p>(...)</p> <p>Darüber hinaus befinden sich derzeit zwei große öffentliche Architektenwettbewerbe in Vorbereitung, die europaweit ausgeschrieben werden sollen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Neubau eines Laborgebäudes für die Universität Mainz, - Erweiterungsbauten für die Fachhochschule Kaiserslautern. <p>Auch im Rahmen des „Dialogs Baukultur“ fördert das Land in enger Kooperation mit der Architektenkammer Rheinland-Pfalz Planungswettbewerbe. Aktuelle</p>	<p>von Anfang an dafür plädiert, dass die Landesbetriebe, die aus den Staatsbauämtern und den Straßenbauämtern gebildet wurden, keine Leistungen auf dem Markt in Konkurrenz zu den privaten Firmen anbieten, sondern sich auf Verwaltungs- und Bauherrenfunktionen konzentrieren.</p>	<p>Die FDP-Fraktion tritt grundsätzlich dafür ein, dass der Wettbewerb für Bauaufgaben gestärkt wird. Dadurch wird die Position der Architekten und Ingenieure gegenüber Generalunternehmen verbessert. Planungswettbewerb verursacht zwar einen gewissen Aufwand. Er ermöglicht es aber auf der anderen Seite, dass kleinere Architekten- und Ingenieurbüros, die noch nicht bekannt oder prominent sind, die Chance erhalten, Aufträge zu akquirieren. Dies gilt allgemein und in Sonderheit für PPP-Projekte.</p> <p>Die FDP-Fraktion sieht gegenwärtig in den Bestimmungen der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure keine gravierenden Defizite. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass eine den Belangen beider Seiten – Auftraggeber und Auftragnehmer – gerecht werdende Honorarordnung einen geeigneten Katalysator für zufrieden stellende Geschäftsbedingungen darstellt.</p>	<p>Rahmen von Wettbewerben. Gleichwohl müssen nach unserer Auffassung für dieses Ringen um die beste Idee Modalitäten gefunden werden, die sicherstellen, dass die staatlichen Bauverwaltungen Herr der Planung bleiben und die jeweiligen Budgets der Projekte durch die Planungsbeiträge eingehalten werden. Wir halten es für unumgänglich eine sinnvolle Projektgröße zu finden, ab der die Ausschreibung eines Wettbewerbes geboten erscheint. Dies muss unter der Berücksichtigung der erforderlichen personellen Ausstattung der Verwaltungen, der Kosten sowie des erforderlichen zeitlichen Aufwands für die Wettbewerbe geschehen.</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>Terminen, Bauvorschriften und Genehmigungsverfahren zu konzentrieren.</p>	<p>Schwerpunktt Themen sind „Schulbau“ sowie „Neue Wohnformen für das Alter“.</p>			
<p><u>6. Bei PPP-Projekten Planungsqualität sicherstellen</u></p> <p>Basierend auf den Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern greifen auch in Rheinland-Pfalz öffentliche Auftraggeber zunehmend auf Public-Private-Partnership-Modelle zurück. Sie nutzen so Chancen einer Lebenszyklusbetrachtung, mit der das Planen, Bauen, Betreiben und Finanzieren einer Immobilie in einem ganzheitlichen Ansatz optimiert werden soll.</p> <p>Wir fordern, dass Architekten und Ingenieure bei der Übertragung öffentlicher Bauaufgaben an private Träger (Public-Private-Partnership-Projekte) unabhängige Treuhänder des Bauherren und/oder Nutzers bleiben. Bei PPP-Projekten müssen</p>	<p>zu 6.: Bei PPP-Projekten Planungsqualität sicherstellen</p> <p>In Rheinland-Pfalz ist der Aufbau eines PPP-Kompetenzzentrums mit der konstituierenden Sitzung des PPP-Lenkungsausschusses am 16. Dezember 2005 unter der Leitung von Herrn Staatssekretär Prof. Dr. Deubel zusammen mit ca. 30 institutionellen Entscheidungsträgern ergebnisoffen im Finanzministerium begonnen worden.</p> <p>Vor dem Hintergrund der dort verabredeten, bereits für Februar/März 2006 geplanten Einberufung eines Unterausschusses (Arbeitsebene im Sinne einer „schnellen Eingreiftruppe des Lenkungsausschusses“), sind alle hier vertretenen Institutionen – auch die Architekten- und die Ingenieurkammer Rheinland-Pfalz –</p>	<p>Bei zunehmender Realisierung von PPP-Projekten müssen das Vergaberecht und die Regeln der Planungsvergabe den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Die öffentliche Hand als Nutzer Garant der Refinanzierung muss ihren entscheidenden Einfluss wahren.</p>	<p>Vgl. Antwort zu 5.)</p>	<p>6. Bei PPP-Projekten Planungsqualität sicherstellen</p> <p>Grundsätzlich halten wir PPP-Projekte für sinnvoll. Es muss aber immer im Einzelfall abgewogen werden, ob sich tatsächlich Vorteile für die Öffentliche Hand realisieren lassen. Wir werden prüfen, ob es sinnvoll ist, seitens der öffentlichen Hand, die Architektenleistung bei der Projektvergabe an Dritte auszuschließen und stattdessen selbstständig einen Wettbewerb durchzuführen.</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>Planungswettbewerbe für Architekten und Ingenieure integriert sein.</p>	<p>gebeten worden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - einen festen Ansprechpartner auf Arbeitsebene zu benennen, - ihr Interesse an einer festen Mitarbeit in dem für die Aufbauphase ins Auge gefassten Unterausschusses zu bekunden, - mögliche Unterstützungsleistungen (Personal, Geld und/oder geldwerte Leistungen) für das neu aufzubauende PPP-Kompetenzzentrum Rheinland-Pfalz zu benennen. <p>Die Vertreter der Architekten- und Ingenieurkammer RLP können durch ihre aktive Mitarbeit den PPP-Prozess in Rheinland-Pfalz mitgestalten. Die konkrete Einbindung der Architekten und Ingenieure (z. B. auch in Planungswettbewerbe) in noch zu identifizierende PPP-Modell-Projekte im Lande ist zum jetzigen Zeitpunkt offen. Der Aufbau eines so</p>			



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
	<p>genannten „PPP-Kompetenzteams“ (ca. 4 bis 6 Mitarbeiter) analog der PPP-Bundes Task Force ist in Vorbereitung. Schwerpunkt der ersten Aufgaben des Kompetenzteams wird die Identifikation geeigneter PPP-Modellprojekte im Lande sein.</p>			
<p><u>7. HOAI zügig vereinfachen</u></p> <p>Die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure HOAI ist ein unverzichtbares Element zur Transparenz beim Bauen. Sie sorgt dafür, dass es bei der Beauftragung mit Planungsleistungen nicht allein um Preiskriterien, sondern auch um Planungs- und Leistungsqualität geht. Die HOAI gibt dem – in der Regel unerfahrenen – Bauherren wie auch dem Planer eine verlässliche Orientierung. Die HOAI muss weiterhin die berechtigten Interessen der Bauherren und der Architekten / Ingenieure berücksichtigen.</p> <p>Wir fordern, dass das Land</p>	<p>zu 7.: HOAI zügig vereinfachen</p> <p>Nachdem das BMWa die Absicht vom Februar 2003 aufgeben musste, die HOAI im Zuge von Bürokratieabbau völlig abzuschaffen, steht die 6. Novelle der HOAI auf der Tagesordnung des Verordnungsgebers. Die Bauministerkonferenz hat sich schon im Dezember 2003 für die Beibehaltung der HOAI als Preisrecht, deren Strukturvereinfachung sowie die Einführung von Anreizen zum Kosten sparenden Planen und Bauen ausgesprochen. Die Bundesregierung wurde 2004 erneut gebeten, die Novellierung entsprechend</p>	<p>Eine Modernisierung der HOAI muss im Dialog mit den Architekten und Ingenieuren vorbereitet werden. Sie muss auf einen langen und dauerhaften Bestand angelegt sein.</p>	<p>Vgl. Antwort zu 5.)</p>	<p>7. HOAI zügig vereinfachen</p> <p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf allen Ebenen für den Abbau überflüssiger Bürokratie ein und stimmen der Forderung nach einer Vereinfachung der HOAI zu.</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>Rheinland-Pfalz auf Bundesratsebene auch künftig für eine adäquate Vereinfachung und zügige Novellierung der HOAI eintritt.</p> <p>Planungsverträge müssen fair ausgestaltet, Honorarzahungen fristgerecht geleistet werden.</p>	<p>vorzunehmen. Allerdings besteht zwischen den beteiligten Bundesministerien weiterhin Dissens, besonders in Bezug auf die preisrechtliche Komponente, deren Vereinbarkeit mit EU-Recht sowie eine Befristung der Gültigkeit (Auslauffrist). Die Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung enthält zur HOAI keine richtungweisenden Absichtserklärungen.</p> <p>Gleichwohl werden wir uns im Rahmen der auf Länderebene bestehenden Möglichkeiten für die Beibehaltung und Novellierung der HOAI einzusetzen.</p>			
<p><u>8. Baurecht muss der Sicherheit dienen</u></p> <p>Das Bauordnungsrecht wurde in den letzten Jahren zunehmend dereguliert, den Bauherren wurde immer mehr Verantwortung aufgebürdet. Bei aller</p>	<p>zu 8.: Baurecht muss der Sicherheit dienen</p> <p>Die Wiedereinführung einer Regelung im Bauordnungsrecht über die Bestellung eines Bauleiters werden wir im Zuge der nächsten Novellierung der Landesbauordnung</p>	<p>Die Gesetzgebung muss insgesamt weniger sprunghaft und auf lange Dauer angelegt sein. Das gilt z.B. auch für die geltende Landesbauordnung. Im Laufe der Legislaturperiode kann eine Erfahrungsbilanz mit dem geltenden</p>	<p>Frage 8 – Baurecht muss der Sicherheit dienen</p> <p>Die Gewährleistung der Sicherheit von Bauwerken ist eine zentrale Forderung, die von der FDP-Fraktion vorbehaltlos unterstützt wird. Auf der anderen Seite werden auch Maß-</p>	<p>8. Baurecht muss der Sicherheit dienen</p> <p>Wir unterstützen Ihre Forderung ausdrücklich, die sicherheitsrechtlichen Aspekte in der Diskussion wieder in den Vordergrund zu stellen. Es ist</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren dürfen Deregulierungsmaßnahmen die Sicherheit am Bau nicht in den Hintergrund treten lassen. Dem Bauleiter nach LBauO kommt bei der Einhaltung von Baurecht und den Regelungen des Nachbarschutzes eine wichtige Funktion zu.</p> <p>Wir fordern die Wiedereinsetzung des öffentlich-rechtlichen Bauleiters. Für Entwurfsverfasser und Tragwerksplaner muss der Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung obligatorisch sein.</p> <p>Unfälle, wie der Einsturz der Eissporthalle in Bad Reichenhall, haben gezeigt, wie wichtig die Kontrolle und die Anwendung bestehender Gesetze im Bereich der Tragwerksplanung sind. Eine Überprüfung von z.B. großen Dachkonstruktionen auf freiwilliger Basis reicht nicht aus. Ein Check für Gebäude, bei denen der Sachverständige in regelmäßigen Abständen die Standsicherheit</p>	<p>prüfen. Regelungen zum Abschluss einer Berufshaftpflichtversicherung für Entwurfsverfasser und Tragwerksplaner gehören nicht zum originären Regelungsinhalt des öffentlichen Baurechts. Sie sind vielmehr im einschlägigen Berufsrecht zu treffen. Was die Durchführung von Kontrollen bei bestimmten Sonderbauten anbelangt, werden wir prüfen, ob künftig auch die Statik Gegenstand von Prüfungen sein muss.</p>	<p>Recht gezogen werden, um daraus ggf. die nötigen Konsequenzen zu ziehen.</p>	<p>nahmen begrüßt, die zur Deregulierung und zum Bürokratieabbau führen; allerdings dürfen dadurch die Sicherheitsbelange in keiner Weise beeinträchtigt werden. Nach den jüngsten Hallenunglücke - erst heute ist im oberbayrischen Töging am Inn das Dach eines Supermarktes eingestürzt - begrüßt die FDP-Fraktion das Vorhaben des Landes, Schwachstellen und Sicherheitsrisiken bei bestimmten Gebäude- und Konstruktionstypen feststellen zu lassen. Hier wird vor allem auf die Statik geachtet werden müssen. Der ohne Zweifel notwendige Sparkurs der öffentlichen Hand darf nach unserer Auffassung nicht dazu führen, dass auf Kosten der Sicherheit und/oder unter in Kaufnahme von Sicherheitsrisiken gebaut wird.</p>	<p>bezeichnend, dass in der öffentlichen Debatte einerseits nach immer mehr Deregulierung gerufen wird, gleichzeitig aber der Gesetz- und Ordnungsgeber in die Verantwortung genommen wird, wenn Sicherheitsmängel auftreten. Wir sehen es als zentrale Aufgabe des Staates an, gerade im Bauwesen Rahmenbedingungen zu schaffen, die erstens die technische Sicherheit der Gebäude gewährleisten, zweitens Rechtssicherheit für die Bauherren schaffen und drittens die BewohnerInnen bzw. BenutzerInnen von Gebäuden zumindest vor wirtschaftlichen Schäden schützt, wenn es bei Planung und Konstruktion zu Fehlern gekommen ist. Letzteres lässt sich durch die von Ihnen angesprochenen Haftpflichtversicherungen in sinnvoller Weise lösen.</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>kontrolliert und mit dem neuesten technischen Stand abgleicht, ließe sich leicht realisieren.</p> <p>Wir fordern, die Kontrolle von großen Baumaßnahmen sicher zu stellen und zwar sowohl präventiv als auch nach Fertigstellung.</p>				
<p><u>9. Baurechtliche Vorschriften harmonisieren</u></p> <p>Architekten und Ingenieure sind bereit, sich dem Wettbewerb zu stellen. Jedoch müssen vorher Rahmenbedingungen vereinheitlicht werden. Unterschiedliche Regelungen der Landesbauordnungen in Deutschland erschweren den Planern jedoch das länderübergreifende Arbeiten.</p> <p>Eine Vereinheitlichung der materiellen baurechtlichen Vorschriften wäre ein wichtiger Schritt zum Bürokratieabbau und zu gemeinsamen Standards. Eine gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen würde auch zur</p>	<p>zu 9.: Baurechtliche Vorschriften harmonisieren</p> <p>Nach der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Baugesetzgebung fällt das Bauordnungsrecht in die Zuständigkeit der Länder. Die SPD-geführte rheinlandpfälzische Landesregierung wird sich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass entsprechend den Mustervorschriften der Arbeitsgemeinschaft der Bauminister der Länder das Landesbaurecht so weit wie möglich harmonisiert wird. Dies gilt insbesondere für die Anforderungen, die an die am Bau beteiligten Personen gestellt werden.</p>	<p>Die bundesstaatliche Ordnung ist eine Ordnung des Wettbewerbs um bessere Lösungen. So sollten wir die Erfahrungen anderer Bundesländer mit ihren Regelungen etwa der Landesbauordnung einbeziehen und neue Gesetzgebung informell abstimmen.</p>	<p>Frage 9 – Baurechtliche Vorhaben harmonisieren</p> <p>Der Bundesgesetzgeber hat das Baugesetzbuch als rahmengesetzliche Vorschrift ausgestaltet. Alle grundsätzlichen Angelegenheiten des Baurechts, auch des Bauplanungsrechts, sind dort verbindlich geregelt. Die einzelnen Landesbauordnungen regeln regionale Besonderheiten und spezielle Gegebenheiten. Insofern wäre es nach Ansicht der FDP-Fraktion kein Vorteil, etwa die landesrechtlichen Baubestimmungen von Schleswig-Holstein und Bayern zu harmonisieren. Wir sind vielmehr der Auffassung, dass im Wettbewerb der</p>	<p>9. Baurechtliche Vorschriften harmonisieren</p> <p>Wir sind der Auffassung, dass es keiner bundesweiten Angleichung des Bauordnungsrechts bedarf. Wenn man diese Landeskompetenz erhalten will, dann ist es folgerichtig, dass in unterschiedlichen Ländern auch unterschiedliche Regelungen gelten.</p> <p>Wir halten es allerdings für notwendig, den Austausch zwischen den Ländern auf Fachebene zu verstärken. Positive Erfahrungen, die beispielsweise mit neuen Verfahrensregeln in einem Land gemacht werden, können von anderen übernommen werden. Auch dies führt letztlich zu Angleichungen, dies jedoch</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>Kostensenkung beitragen.</p> <p>Wir fordern, dass die Landesregierung sich mit den anderen Bundesländern für eine Rechtsvereinheitlichung einsetzt und in dieser Frage eine Vorreiterrolle einnimmt.</p>			<p>Systeme die Landesbauordnung Rheinland-Pfalz einen Spitzenplatz unter den Landesbauordnungen einnimmt.</p>	<p>auf Basis eines Wettbewerbes um die besten Konzepte und nicht als Folge eines politisch errungenen Kompromisses über eine neue Musterbauordnung.</p>
<p><u>10. Bauverwaltungen kompetent ausstatten</u></p> <p>In Planungs- und Bauämtern muss Sachkompetenz für die politischen Planungs- und Steuerungsaufgaben bereitstehen. Freiberufliche Ingenieure und Architekten brauchen als Partner eine effiziente, flexible und kompetente Bauverwaltung.</p> <p>Eine leistungsfähige Bauverwaltung muss im Sinne der Bürger fachlich fundierte und rechts-sichere Entscheidungen gewährleisten. Als wichtiges Kriterium muss dabei die jeweilige Fachkompetenz im Vordergrund stehen und nicht die Ortsnähe der jeweiligen Verwaltung.</p>	<p>zu 10.: Bauverwaltungen kompetent ausstatten</p> <p>Durch in die Zukunft reichende Personalentwicklungsplanungen wollen wir sicherstellen, dass Aufgaben mit Bauherrenfunktion auch künftig sachgerecht und kompetent erledigt werden können. Die Personalentwicklungsplanung umfasst alle Aufgabengebiete mit den entsprechenden Funktionsstellen der Beamten des gehobenen und höheren technischen bzw. nicht-technischen Verwaltungsdienstes sowie der vergleichbaren Angestellten.</p> <p>Das Land hat keine „Scheinprivatisierung“ vorgenommen, sondern</p>	<p>Auch die CDU will, dass sich die staatlichen und kommunalen Bauverwaltungen auf die Durchführung des Rechtes und die Bauherrenfunktionen konzentrieren. Dafür brauchen wir qualifiziertes Personal, das vergleichbaren Maßstäben unterliegt wie bei den Unternehmen der Privatwirtschaft.</p>	<p>Frage 10 – Bauverwaltungen kompetent ausstatten</p> <p>Frage 11 – Qualifizierte Berufsausbildung auf europäischem Niveau gewährleisten</p> <p>Frage 12 – Stärkung im internationalen Wettbewerb/Europäischer Binnenmarkt</p> <p>Die FDP-Fraktion befürwortet eine kompetente und sachlich gut ausgestattete Bauverwaltung. Eine wesentliche Voraussetzung für baurechtliche und bautechnische Kompetenz ist eine qualifizierte Ausbildung. Die FDP-Fraktion</p>	<p>10. Bauverwaltungen kompetent ausstatten</p> <p>Wir teilen Ihre Einschätzung, dass sich die öffentliche Hand bei eigenen Vorhaben auf ihre Funktion als Bauherrin konzentrieren sollte. Es mag sein, dass im Einzelfall auch in diesem Bereich Teilprivatisierungen sinnvoll sind, grundsätzlich teilen wir aber Ihre Auffassung, dass dies eine von der staatlichen Bauverwaltung in eigener Verantwortung wahrzunehmende Aufgabe ist.</p> <p>Die Planung von Projekten kann aus unserer Sicht durchaus von privaten Unternehmen durchgeführt werden. Hier muss ein Wettbewerb um die</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>Die Umwandlung öffentlicher Ämter in "scheinprivatisierte " Unternehmen mit staatlich gewährleisteten Mindestumsätzen und Personalstellen privilegieren auf unzulässige Weise diese angeblich „privaten“ Unternehmen.</p> <p>Wir fordern, dass sich der öffentliche Bauherr mit seinen Bauverwaltungen auf die Bauherrenfunktion konzentriert. Dazu braucht es einen angemessenen Personalbestand, um sachgerechte und fachlich fundierte Entscheidungen zügig treffen zu können. "Scheinprivatisierungen" sind kein Weg zur Kosteneinsparung.</p>	<p>angesichts der finanziellen Situation der öffentlichen Haushalte nach Wegen gesucht, die eine effiziente und kostengünstige Erbringung von Dienstleistungen ermöglichen. Diese Umstrukturierungsmaßnahmen haben keinen negativen Einfluss auf die Vergabe von Leistungen an freiberufliche Architekten und Ingenieure zur Folge gehabt. Die Quote der Fremdvergaben liegt derzeit mit 45 % sogar noch höher als im Jahre 2000.</p> <p>Nach dem Bauordnungsrecht sind die unteren Bauaufsichtsbehörden mit geeigneten Fachkräften zu besetzen. Diese Verpflichtung ist von den Trägern der Bauaufsicht zu erfüllen.</p>		<p>begrüßt die BA/MA-Studiengänge ausdrücklich und weist im Hinblick auf einen einheitlichen europäischen Bildungsraum auf die Bologna-Erklärung der europäischen Bildungsminister hin. Die FDP-Fraktion begrüßt es, wenn das Architekturstudium die gemeinsamen Vorgaben für die Akkreditierung von Masterstudiengängen erfüllt.</p> <p>Dass Hochschullehrer hin und wieder baufachliche bzw. baurechtliche Gutachten erstellen, halten wir für legitim. Eine Konkurrenz auf breiter Front zwischen Hochschulen einerseits und freiberuflichen Planungsbüros andererseits sehen wir in Rheinland-Pfalz nicht; dies läge nicht im Sinne der FDP-Fraktion. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau fördert im Rahmen der Förderung von Technologie und Innovation als angewandte Forschung auch den Bausektor. Grundlagenforschung fällt dagegen in den Zuständigkeitsbereich des Wissenschaftsministeriums.</p>	<p>besten Ideen und im Übrigen nicht um die niedrigsten Kosten stattfinden. Dabei sollte, zumindest ab einer gewissen Größenordnung ein unabhängiges Sachverständigengremium den Wettbewerbssieger bestimmen, und nicht mehr die Verwaltung. Um es auf ein einfaches Beispiel herunter zu brechen. Wenn eine Kommune eine Stadthalle plant, soll diese nicht das Denkmal für den langjährigen Bürgermeister, sondern ein Haus für die Bürgerinnen und Bürger werden. Sofern alte Gebäude, die sich im Eigentum der öffentlichen Hand befinden, umfassend saniert und u. U. umgewidmet werden, hat es sich aus unserer Sicht sehr bewährt, hier ebenfalls auf einen Ideenwettbewerb zu setzen.</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
			<p>Die FDP-Fraktion begrüßt es, wenn Architekten und Ingenieure aus Rheinland-Pfalz ihre Ideen und Leistungen ins Ausland exportieren und sich insoweit auch gegen internationale Konkurrenz durchsetzen können. Die FDP-Fraktion, welche den Berufsstand der freien Architekten und Ingenieure von je her gefördert und unterstützt hat, ist davon überzeugt, dass diese Berufsgruppen über ein gutes nationales und internationales Standing verfügen.</p>	
<p><u>11. Qualifizierte Berufsausbildung auf europäischem Niveau gewährleisten</u></p> <p>Die zunehmende Komplexität von gestalterischen, technischen, funktionalen, ökologischen, organisatorischen, wirtschaftlichen</p>	<p>zu 11.: Qualifizierte Berufsausbildung auf europäischem Niveau gewährleisten</p> <p>Die Forderung nach einer stärkeren Unterstützung der Forschung im Bausektor, um die Innovations- und Zukunftsfähigkeit des Landes</p>	<p>Forschung und Entwicklung in Rheinland-Pfalz sind seit langem auch im Vergleich der Länder sichtbar unterfinanziert. Dies muss eine neue Landesregierung in vielen Einzelschritten angesichts einer sehr schlechten Haushaltslage verändern. Dabei müssen aber Schwerpunkte und sog. „Cluster“ gebildet werden.</p>	<p>Vgl. Antwort zu 10.)</p>	<p>11. Qualifizierte Berufsausbildung auf europäischem Niveau gewährleisten</p> <p>Die Ausstattung der rheinland-pfälzischen Hochschulen ist unzureichend. Hochschulfinanzierung ist Zukunftsinvestition und braucht</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>und rechtlichen Anforderungen, die an Architekten, Ingenieure und Stadtplaner gestellt werden, erfordert eine Ausbildung von hoher Qualität. Zudem gilt es, Verbraucherschutzes und Baukultur zu gewährleisten.</p> <p>Aus diesem Grunde muss die Einführung der gestuften Studiengänge BA/MA dazu genutzt werden, auch die Betreuungsintensität in den Studiengängen deutlich zu erhöhen. Zur Wahrung der Berufschancen für Absolventen müssen die Abschlüsse berufsbefähigend als Architekt bzw. Ingenieur sein und in einem globalen Markt in Europa wie auch international anerkanntsfähig bleiben.</p> <p>Hochschulforschung ist für die Praxis ein wichtiger Beitrag für Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Energieeinsparung, Nachhaltigkeit und neue Bautechniken zeigen Zukunftsperspektiven und Beschäftigungspotentiale auf.</p> <p>Wir fordern eine Stärkung bzw. Unterstützung der Forschung im</p>	<p>Rheinland-Pfalz zu erhalten, ist nachvollziehbar. Wir wissen, wie wichtig der Bausektor für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in Rheinland-Pfalz ist. Die Forschungsförderung hat in vielen Bereichen eine wichtige Aufgabe, gerade was die Weiterentwicklung der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) betrifft. Die SPD-geführte Landesregierung hat sich daher schon im Rahmen des 6. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union für eine Stärkung des Bausektors eingesetzt.</p> <p>Die Wissenschaftspolitik der rheinland-pfälzischen SPD ist schon seit Jahren darauf ausgerichtet, ideale Rahmenbedingungen für Forschung an den Hochschulen zu schaffen. Die Forschungsschwerpunkte selbst müssen sich an den Hochschulen entwickeln. Nicht die Politik sollte vorgeben, in welchen Sektoren in Zukunft geforscht wird. Dies wollen wir der Wissenschaft selbst überlassen, denn ein Eingriff von Seiten der Politik würde in diesem Fall nicht den Wettbewerb</p>	<p>Die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft soll intensiver werden. Das kann auch bei Planen und Bauen geschehen, z.B. durch Zusammenarbeit und gemeinsame Projekte mit Architekten und Ingenieuren.</p>		<p>daher eine deutliche Priorität bei den Zukunftsausgaben. In der kommenden Legislaturperiode wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Hochschulen mit einem 300-Millionen-Euro-Programm die Ausstattung geben, die sie für eine bessere Lehre, Forschung und Kooperation dringend brauchen.</p> <p>Die Einführung der gestuften Studiengänge BA/MA kann dann dazu genutzt werden die Betreuungsintensität zu steigern. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen insbesondere die Forschung an den Hochschulen stärken. Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass gerade im Sektor Architektur und Stadtplanung <i>Innovation</i> mit den Begriffen Ökologie, Nachhaltigkeit, Energieeinsparung, Gesundheit und demographischer Wandel verbunden wird. Anstatt sich in eine unfaire Konkurrenzsituation zu begeben, sollen sich die Hochschulen auf die wissenschaftliche Aus-, Fort- und Weiterbildung der Architekten, Ingenieure und Stadtplaner konzentrieren.</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p>Bausektor durch die Landesregierung, um die Innovations- und Zukunftsfähigkeit zu erhalten. Die Einflüsse, die das Bauen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt hat, müssen wissenschaftlich begleitet werden.</p> <p>Wir fordern, dass Hochschulen nicht in Konkurrenz zu freiberuflich tätigen Planungsbüros treten, wenn dies aufgrund der unterschiedlichen Rahmenbedingungen den Wettbewerb zu Lasten von Arbeits- und Ausbildungsplätzen verzerrt.</p>	<p>fördern. Wir werden auch weiterhin eine Politik verfolgen, die sich für eine Stärkung der Rahmenbedingungen für die Forschung einsetzt, um so die Innovations- und Zukunftsfähigkeit in Rheinland-Pfalz zu erhalten. Aus diesem Grund wurde in der laufenden Legislaturperiode das Programm <i>Wissen schafft Zukunft</i> mit einem zusätzlichen Finanzvolumen von 125 Millionen Euro geschaffen. Auch in der kommenden Legislaturperiode wird der Ausweitung der Forschungsförderung eine zentrale Bedeutung zukommen.</p> <p>Die rheinland-pfälzische SPD setzt sich auch dafür ein, dass Hochschulen nicht in Konkurrenz zu freiberuflich tätigen Planungsbüros stehen. Uns sind bislang aber keine Fälle bekannt, in denen dies der Fall ist. Dies kann und darf auch in Zukunft nicht die Aufgabe der Hochschulen sein.</p>			
<p>12. <u>Stärkung im internationalen Wettbewerb / Europäischer</u></p>	<p>zu 12.: Stärkung im internationalen Wettbewerb / Europäischer</p>	<p>Dieser Forderung stimmt die CDU zu. Die sog. „Dienstleistungsrichtlinie“ der</p>	<p>Vgl. Antwort zu 10.)</p>	<p>12. Stärkung im internationalen Wettbewerb / Europäischer</p>



Wahlprüfsteine	SPD	CDU	FDP	Bündnis 90 / Die Grünen
<p><u>Binnenmarkt</u></p> <p>Export von Dienstleistungen gewinnt für die Volkswirtschaft immer mehr an Bedeutung. Architekten- und Ingenieurplanungen können dabei ein wichtiger Multiplikator für den Export von Bauleistungen und Produkten der Gebäudeausstattung sein.</p> <p>Wir fordern, daß verstärkt und mit Nachdruck daran gearbeitet wird, die Exportbedingungen für Architekten und Ingenieure zu verbessern, um sie im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähiger machen.</p>	<p>Binnenmarkt</p> <p>Wir unterstützen Ihre Forderung nach einem verstärkten internationalen Auftritt der planenden Berufe.</p>	<p>Europäischen Union erleichtert auch die Tätigkeit von Architekten und Ingenieuren in der EU. Dies ist ein wesentlicher, in der Öffentlichkeit viel zu wenig gesehener Zweck diese Richtlinie im Rahmen des europäischen Binnenmarktes. Solche Regeln beruhen natürlich auf Gegenseitigkeit und machen den Wettbewerb im Ganzen offener.</p>		<p>Binnenmarkt</p> <p>Mit einer europäischen Dienstleistungsrichtlinie sollen Bedingungen geschaffen werden, die Architekten und Ingenieuren ebenso wie Handwerkern und Anbietern sozialer Dienstleistungen eine Betätigung innerhalb der EU erleichtern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern dabei jedoch, die Richtlinie so zu gestalten, dass Lohn- und Ökodumping verhindert wird. Besonders das Herkunftslandprinzip kritisieren wir in diesem Zusammenhang.</p>